

DIE WIRTSCHAFT DER TSCHECHOSLOWAKEI IM JAHRE 1970

Von Kurt Wessely

Das Jahr 1970 war in der Tschechoslowakei gekennzeichnet als Zeit der Fortsetzung und des Abschlusses jener „Konsolidierung“, welche zur Überwindung der politischen Erschütterung des Jahres 1968 nach der sowjetischen Intervention führen sollte. Diese Konsolidierungsphase fand ihre Krönung im XIV. Parteitag, der am 25. Mai 1971 begann und eine Verdammung der Parteiführung unter Dubček, aber auch einen (schwächeren) Tadel am Regime Novotnýs und die Rechtfertigung des sowjetischen Eingreifens bringen sollte.

So eindeutig diese innenpolitische Linie ist, die zu einer Wiederherstellung der absoluten Herrschaft der zentralgeleiteten kommunistischen Partei und des Kremls führen sollte, so kann man, was die Wirtschaft betrifft, nicht so einfach urteilen. Rein äußerlich stimmt es zwar, daß auch die wirtschaftlichen Beziehungen wieder „konsolidiert und normalisiert“ werden, so daß das Wirtschaftsleben im Jahre 1970 ohne jene Krisenerscheinungen verlief, die in den Vorjahren aufgetreten waren und ein besorgniserweckendes Ausmaß angenommen hatten. Aber die zentrale Frage, wie nun die Wirtschaft geführt und geleitet werden wird, kann derzeit noch nicht eindeutig beantwortet werden. Kurz, es dreht sich darum, ob die in der Tschechoslowakei eingeleiteten Wirtschaftsreformen, die die politischen Reformen begleiteten und die mit ein Grund zur Umformung der starren, diktatorischen Herrschaft der kommunistischen Partei waren, ebenso beseitigt sind und rückgängig gemacht wurden wie die anderen Methoden der Dubček-Ära, durch die die kommunistische Herrschaft in der Tschechoslowakei einem humanen Sozialismus weichen sollte.

Es deutet nämlich vieles darauf hin, daß das Reformexperiment in der Tschechoslowakei nicht einfach abgebrochen werden konnte, weil eben die Notwendigkeit von Reformen nicht zu leugnen war, so daß es vielmehr zu einer Reform der Reform gekommen ist. Die Wirtschaftsführung mündet damit in der Tschechoslowakei etwa in jene Wege, die auch von anderen sozialistischen Staaten bei ihren Wirtschaftsreformen beschritten wurden. Diese sind aber keineswegs einheitlich, sondern weisen ein buntes, vielgestaltiges Spektrum auf, da sie von bloßen Erleichterungen der Betriebsführung, wie in der Sowjetunion, bis zur Gleichberechtigung der Marktwirtschaft, wie in Ungarn, reichen; von Jugoslawien, wo die Marktwirtschaft weit überwiegt, ganz zu schweigen.

Man kann aber mit Sicherheit sagen, daß die Tschechoslowakei nicht dem Vorbild Ungarns folgen wird — beide Reformmodelle waren einander ziemlich ähnlich —, sondern eine stärker zentralistische und die Rolle der Planung betonende Wirtschaftsleitung bevorzugen wird. Maßgebend hierfür ist das am 21. Dezember

1970 von der Bundesversammlung der ČSSR angenommene „Gesetz über die volkswirtschaftliche Planung“, in dem es einleitend heißt:

„Die volkswirtschaftlichen Pläne sind ein Mittel, das garantiert, daß sich die Volkswirtschaft der Tschechoslowakischen Republik als einheitliche Wirtschaft effektiv und proportionell auf der Basis der optimalen Ausnützung der natürlichen und wirtschaftlichen Quellen und Bedingungen des Staates sowie auf der Grundlage der internationalen Arbeitsteilung entwickelt, welche durch internationale Verträge und Abkommen, vor allem mit den Ländern des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (COMECON), festgelegt wird.

Die Beteiligung der Werktätigen und der anderen Bürger an der Bildung, der Sicherung, der Realisierung sowie der Kontrolle der Erfüllung volkswirtschaftlicher Pläne ist von den gesellschaftlichen Organisationen zu gewährleisten, insbesondere von der Revolutionären Gewerkschaftsbewegung; alle diese Organisationen sind verpflichtet, die dazu erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen.“

Andererseits heißt es in den Richtlinien für den 5. Fünfjahresplan der ČSSR 1971/75, die Mitte April 1971 veröffentlicht und vom Parteitag bestätigt wurden, daß die weitere Entwicklung der Volkswirtschaft die Ausnützung des materiellen Interesses, der Wertbeziehungen und der Erfahrungen der sozialistischen Bruderstaaten fordere. Innerhalb der Betriebe seien die Leistungsformen zu verbessern und ihre Interessiertheit an dem Arbeitsergebnis wäre zu fördern. Dazu ist die wirtschaftliche Kalkulation und die Erzielung der niedrigsten Kosten erforderlich.

Diese Forderungen, die an die Wirtschaft in den kommenden fünf Jahren gestellt werden, beinhalten aber wesentliche Grundsätze der Reformen der anderen sozialistischen Staaten und nicht zuletzt auch der tschechoslowakischen Reformer selbst. Denn die Ausnützung des materiellen Interesses bedeutet, daß die in den Betrieben Tätigen zu höheren Leistungen dadurch angespornt werden, daß ihre Entlohnung und die sonstigen Zuwendungen von den Betriebsergebnissen abhängig gemacht werden, was eine effektivere und rationellere Betriebsführung ergeben soll. Gerade das Fehlen einer effektiven Wirtschaftsführung war aber das Hauptargument der tschechoslowakischen Reformer.

Die Ausnützung der Wertbeziehungen deutet aber in verklausulierter Form und unter Heranziehung der marxistischen Terminologie an, daß bei der Bewertung der Ergebnisse der Produktion nicht nur die für sie aufgewendete Arbeitsleistung zu berücksichtigen ist, sondern auch die Wertverhältnisse, die sich gemäß Angebot und Nachfrage ergeben, womit indirekt sowohl die Marktverhältnisse, als auch eine ihnen entsprechende Preisbildung anerkannt werden.

Auch die übrigen Anforderungen an die Betriebe sind solche, wie sie schon bisher von den Reformern aufgestellt wurden, nämlich auch die Betriebe an günstigen Arbeitsergebnissen zu interessieren, womit auch die Frage der Steuerpolitik, aber auch der Verfügung über die eigenen, von den Betrieben erwirtschafteten Mittel, angeschnitten wird.

Es ergibt sich also auch daraus noch ein breiter Spielraum zur Weiterführung der Reformen, was auch dadurch zum Ausdruck kommt, daß man die Erfahrungen der übrigen sozialistischen Bruderstaaten mit ihren Reformen berücksichtigen will.

Es wird hier weder davon gesprochen, welche Reformen darunter zu verstehen sind, noch welche Länder dabei zu berücksichtigen sind, so daß sogar das jugoslawische Experiment mit berücksichtigt werden könnte. Kurz, es läßt sich abschließend sagen, daß die Weichen für die Zukunft der Wirtschaft noch keineswegs gestellt sind, so daß noch vieles offen bleibt. Aber wenn man sich an die enge Verbindung zwischen wirtschaftlichen und ökonomischen Reformen im „Prager Frühling“ erinnert, so ist es schwer vorstellbar, daß die kommenden Reformschritte mit einem ähnlichen Elan vorangetrieben werden können, wie dies zu Beginn der Reformepoche der Fall gewesen ist. Erst die Zukunft kann zeigen, wie weit dieses Programm nur verbal ist oder verwirklicht werden kann.

Wenn sich auch der Parteitag 1971 auf den Standpunkt gestellt hat, daß im Prinzip die Beschlüsse des XIII. Parteitages, welche die Reformbewegung einleiteten und sanktionierten, richtig sind, so gibt es doch jetzt kein umfassendes Konzept, um die Reformbewegung fortzusetzen, und es fehlt vor allen Dingen an den Menschen, die sie tragen können.

Zwar wird im neuen Plangesetz die Beteiligung der Werktätigen an der Aufstellung und Verwirklichung der Pläne gefordert, aber es handelt sich dabei doch nur um eine formale Voraussetzung, wie wir sie auch in der Sowjetunion finden, und nicht um den Wunsch nach einer echten Initiative für die Aufstellung neuer Wirtschaftsziele, die — wie früher wieder — ausschließlich von der Zentrale vorge-schrieben werden.

Kurz, es fehlt jene Ergänzung des zentralen Leitungssystems der Wirtschaft durch eine echte Einflußnahme der Bevölkerung, sei es bei der politischen Willensbildung, sei es bei der Auswahl der von den Betrieben einzuschlagenden Methoden durch eine Mitsprachemöglichkeit der in ihnen Beschäftigten. Statt eines demokratischen Sozialismus herrscht, um in der Parteiterminologie zu bleiben, der demokratische Zentralismus.

Damit sind aber auch die Grenzen aufgezeigt, in denen sich die künftige Wirtschaftsleitung, Planung und Verwirklichung der Wirtschaftspolitik entwickeln kann, nämlich in einem staatlich vorgezeichneten Rahmen, der nur mehr geringe Möglichkeiten zu einer individuellen Betriebsführung offen läßt.

Die Erfahrungen der sozialistischen Bruderstaaten, die sich bisher mit jenen Methoden begnügten, welche künftig der ČSSR offen stehen, sind aber, wie die wiederholten Rückschläge in der DDR beweisen, keineswegs geeignet, die Wirtschaft der ČSSR aus ihrem Tief herauszuführen und ihr wiederum jenen Platz unter den fortschrittlichen industriellen Staaten einzuräumen, der der ČSSR dank ihrer industriellen Tradition gebührt.

Dabei sind aber noch alle Fragen der wirtschaftlichen Organisation offen. Denn die Einführung der Reform war mit einer völligen organisatorischen Neugruppierung der Betriebe durch Schaffung von Fachdirektionen und Trusts verknüpft, an der bisher nichts geändert wurde. Es fehlt noch jede Andeutung darüber, welche Schritte gerade in dieser Hinsicht unternommen werden sollen.

Man muß sich aber auch im klaren sein, daß jeder Eingriff in die Organisation der Industrie zu neuen Komplikationen führen muß, genauso wie die Zusammenlegung der Betriebe zur Zeit der Reform zwar notwendig war, aber die Hin-

dernisse noch verstärkte, die sich ihr entgegenstellten. Denn es wurde dadurch eine Unruhe in den Betrieben erzeugt, wodurch die Durchführung der Reform auch dort auf Schwierigkeiten personeller Art stieß, wo sie sonst akzeptiert worden wäre.

Auch die übergroße Konzentration in nur wenige Großbetriebe hat die Leitung der Wirtschaft mehr erschwert, als die Reformen erwartet hatten. Sie gibt aber auch der Zentrale nun wieder die Möglichkeit, die Selbständigkeit der Betriebe in der Weise zu beschränken, daß ihre Spitzenorganisationen wieder in engere Beziehungen zu den Ministerien gebracht und von ihnen abhängig gemacht werden, ohne daß dies zu grundsätzlichen Änderungen im organisatorischen Aufbau führen würde, womit man dem alten System der den Ministerien unterstellten Generaldirektionen nahe kommt. So hat man es auch bereits verstanden, die in einzelnen Betrieben gebildeten Betriebsräte zu liquidieren.

Einen erheblichen Einfluß auf die weitere Organisation und Führung der tschechoslowakischen Wirtschaft wird aber auch die Intensivierung der Zusammenarbeit mit den übrigen Staaten des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (COMECON) und insbesondere mit der Sowjetunion haben. Dadurch wird die Entscheidungsfreiheit sowohl der Betriebe als auch der gesamten tschechoslowakischen Wirtschaft eingeschränkt, andererseits ist es fraglich, ob und wie weit es selbständigen Betrieben gelingt, sich in diese Zusammenarbeit einzuschalten, die bisher im wesentlichen nur durch Staatsverträge und auf Regierungsebene erfolgte. Immerhin scheinen sich die Ungarn Möglichkeiten dieser Art gesichert zu haben, welche auch von Jugoslawien für die Zusammenarbeit mit COMECON als Grundvoraussetzung angesehen wird.

Es entspricht den ungeklärten, vielfach verworrenen Verhältnissen der Konsolidierungsepoche, daß die Tschechoslowakei nicht imstande gewesen ist, rechtzeitig ihren neuen Fünfjahresplan (1971/75) aufzustellen. Es wurde zwar bereits im Laufe des Jahres 1970 einiges von den Richtlinien bekannt, aufgrund deren dieser Plan ausgearbeitet werden soll. Die ganzen Direktiven „Směrice“ wurden erst im Frühjahr 1971 veröffentlicht. Nach ihrer formellen Genehmigung durch den Parteitag wird die Ausarbeitung des Planes noch geraume Zeit benötigen, so daß dieser erst mit geraumer Verspätung in Kraft treten wird.

Aber dies ist noch keine Besonderheit der Tschechoslowakei, da auch andere Oststaaten, nicht zuletzt die Sowjetunion oder Polen, ihren Plan nicht rechtzeitig fertigstellen konnten. Es ist aber ein Beweis dafür, daß auch langfristige Pläne nur eine beschränkte Aussagekraft über die wirtschaftliche Zielsetzung besitzen.

Weit unangenehmer dürfte es für die Planung in der Tschechoslowakei gewesen sein, daß man nach dem praktischen Abbruch des laufenden Fünfjahresplanes in der Reformepoche, also etwa 1967/68, praktisch ohne langfristige Richtschnur arbeiten mußte und nicht imstande war, auch nur einigermaßen verbindliche Jahrespläne aufzustellen. Dies zeigt sich darin, daß sich in den Veröffentlichungen über die Planziele nur verhältnismäßig wenig konkrete Hinweise auf die erwarteten Ergebnisse finden.

Man beschränkte sich vielmehr darauf, vor allem einige Hauptpunkte zu proklamieren, welche für die Wirtschaftspolitik maßgebend sein sollten. Es waren

dies in den Jahren 1969 und 1970 ziemlich die gleichen Zielsetzungen, die 1969 nur ungenügend, 1970 aber doch schon in stärkerem Ausmaß, wenn auch noch immer nicht befriedigend, erreicht werden konnten.

In dem Bericht über die wirtschaftlichen Ergebnisse der Tschechoslowakei im Jahre 1969, der im Februar 1970 veröffentlicht wurde und daher auch noch die Lage zu Beginn des Jahres 1970 widerspiegelt, hieß es, daß sich noch alle Schwächen zeigten, die bereits im Jahre 1968 entstanden, wofür man die Einschränkung der zentralen Planung verantwortlich machte. Dies habe sich vor allem in der verminderten Disziplin der Betriebe, in der Bevorzugung ihres Interesses vor dem Gesamtinteresse und in der ungenügenden Sicherung der Erzeugung und Beistellung des Warensortiments, in der stürmischen Preissteigerung, in der nicht mit der Arbeitsleistung im Einklang stehenden Lohnerhöhung und in der Lockerung der Arbeitsmoral gezeigt.

Dadurch sei das Gleichgewicht auf dem Markt gestört geworden und es begann ein inflationärer Druck im Handel und bei den Investitionen. Die Stabilisierungsbemühungen der Regierung setzten daher vor allem bei der Preis- und Lohnbewegung ein und hätten 1969 schon eine gewisse Besserung gebracht, nachdem man mit der Ablösung Dubčeks im April 1969 wieder zur alten Linie zurückgefunden hatte.

Als den entscheidenden Schritt zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage und damit auch zur Erhöhung der Effektivität betrachtete man die Wiederherstellung der Arbeitsdisziplin und Erhöhung der Arbeitsproduktivität. Die Arbeitsproduktivität in der Industrie war zwar im Jahre 1969 um 4,6 % gestiegen (1968: + 4,0 %), aber die Nominallöhne hatten sie mit einer Steigerung um 6,1 % weit aus überholt, so daß selbst unter Berücksichtigung der Preissteigerungen, die amtlich mit 4 % berechnet worden waren, die Reallohnsteigerung um 3,6 % nur wenig hinter der Erhöhung der Arbeitsleistung zurückgeblieben war. Viel gravierender war jedoch, daß die Lieferungen an den Binnenhandel, allerdings zu laufenden Preisen, sich zwar um 12,5 % erhöht hatten, aber, wie die zahlreichen Klagen über ungenügende Marktversorgung zeigen, nicht imstande waren, mit der erhöhten Kaufkraft der Bevölkerung Schritt zu halten.

Deswegen wurde das Hauptaugenmerk im Jahre 1970 darauf gerichtet, Lohn- und Preissteigerungen zu verhindern und die Leistungen in Industrie und Bauwirtschaft zu erhöhen. Eine Anfang 1970 durchgeführte Untersuchung der Regierung hatte ergeben, daß in den letzten Jahren die Zahl der arbeitsfreien Tage von 76 auf 125 gestiegen war, weil man zur Fünftagewoche übergegangen war, ohne daß die Einführung des freien Samstags mit einer entsprechenden Steigerung der Arbeitsproduktivität verbunden gewesen wäre.

Deswegen drängte man auf eine Wiedereinführung freiwilliger Arbeitsschichten an Samstagen und Sonntagen, sofern diese nicht ohnedies amtlich angeordnet wurden. Dies galt ganz besonders für den Kohlenbergbau und den Bahnverkehr, wo der freie Samstag zu großen Störungen geführt hatte.

Da es nicht möglich gewesen war, verschiedene Energiebauten rechtzeitig fertigzustellen — am ersten Atomkraftwerk der ČSSR bei Preßburg wird bereits seit mehr als 10 Jahren gebaut, seine erste Stromlieferung soll nun im Jahre 1972 er-

folgen! — und die Umladeeinrichtungen an den ostslowakischen Grenzbahnhöfen den Anforderungen, sowjetische Massentransporte auf Normalspur überzuleiten, nicht gewachsen waren, kam es in den beiden Wintern 1969/70 und 1970/71 zu erheblichen Engpässen in der Energieversorgung, was sich auch auf die Produktion ungünstig auswirken mußte.

Ein weiterer Schritt zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit im Leitungs- und Verwaltungsapparat war die Verfügung eines generellen Beamtenabbaues um 10 % im Laufe des Jahres 1970 in den Ministerien, Zentralämtern, Nationalausschüssen und bei anderen Organisationen. Auch wurden sie angehalten, eine dreiprozentige Kürzung ihrer aus dem Budget finanzierten Ausgaben vorzunehmen. Man versuchte auch die Repräsentationsausgaben, Dienstreisen und den Verwaltungsaufwand einzuschränken. Daß ein solcher Beamtenabbau auch zur Verfolgung politischer Zwecke benützt werden kann, liegt nahe, doch wird man ihm die ökonomische Seite nicht ganz absprechen können.

Tatsächlich scheint es 1970 gelungen zu sein, mit den eingeleiteten Maßnahmen einer Austerity-Politik gewisse Erfolge zu erzielen, wird doch für die Industrie ein Produktivitätsfortschritt um 7,9 % und in der Bauwirtschaft um 6,6 % ausgewiesen, während die Industrieproduktion um 7,7 % [neue Angabe: 8,5 %] gegenüber nur 5,2 % im Jahre 1969 stieg. Demgegenüber bleiben die Lohnerhöhungen — im Gegensatz zu 1969 — mit nur mehr 3,9 % weit hinter dem Produktivitätsfortschritt zurück. Man muß aber berücksichtigen, daß diese Steigerung der Industrieproduktion von einer verhältnismäßig geringen Ausnützung der Kapazitäten ausging, die teils durch Rohstoff- und Energiemangel, teils durch die Fünftagewoche ausgelöst worden war, so daß in den kommenden Jahren eine ähnliche Zuwachsrate nicht so leicht erzielt werden kann. Deswegen rechnet man auch für das Jahr 1971 nur mit einer Steigerung der Industrieproduktion um 5,9 % und die Produktivität soll etwa im gleichen Ausmaß, nämlich um 5,7 %, steigen. Sehr maßgebend für die weitere Entwicklung wäre es aber auch, wenn es gelänge, die landwirtschaftliche Produktion zu erhöhen. Sie stieg im Jahre 1969 nur um 0,9 % und im Jahre 1970 um 1,3 %, so daß die 1971 erwartete Zunahme der landwirtschaftlichen Erzeugung um 3 % nur unter sehr günstigen Voraussetzungen erzielt werden kann. 1971/75 soll sie um 13—14 %, jene der Industrie mehr als doppelt so rasch, nämlich um 34—38 % steigen.

Besonders auffällig sind jedoch die spärlichen Angaben über die Finanzwirtschaft, wonach sich zwar die Geldeinnahmen der Bevölkerung um 4,4 % erhöhten (1968: 11,4 %), die Kleinhandelspreise aber nur um 0,4 % stiegen, da die Lebenshaltungskosten sich bloß um 0,2 % erhöhten. Demnach sei eine Reallohnsteigerung um 1 % erzielt worden, so daß, wie es in dem Bericht über die Planerfüllung heißt, der inflationäre Druck aufhörte, der Lebensstandard der Bevölkerung stieg und die Marktversorgung stabilisiert werden konnte. Aber gerade die vorsichtige Formulierung dieses Passus deutet darauf hin, daß es nach wie vor Schwierigkeiten auf dem Markt gibt, insbesondere was die Qualität der Waren betrifft. Der Kleinhandelsumsatz stieg (zu laufenden Preisen) auch nur um 2,2 % gegenüber 12,2 % im Jahre 1969. Trotz aller drakonischen Schritte der Behörden dürfte sich die relative Stabilität der Kleinhandelspreise doch nur auf die im amtlichen Preis-

index erfaßten Waren beziehen, nicht aber auf ein breiteres Sortiment. Die Nominallöhne stiegen in der Wirtschaft (ohne Landwirtschaft) um 2,6 % auf 1928 Kčs monatlich.

Es muß hinzugesetzt werden, daß, ähnlich wie in den meisten anderen Oststaaten, unter dem Eindruck der polnischen Unruhen auch in der ČSSR nach langer Unterbrechung zu den Maifeiern 1971 wieder Preisermäßigungen für eine Reihe von Konsumgütern vorgenommen wurden. Im übrigen ist die verbesserte Marktversorgung nicht zuletzt auf eine Änderung der Außenhandelspolitik zurückzuführen, welche eine stärkere Versorgung mit Konsumgütern vorsieht und ermöglicht.

Im Jahre 1969 stieg der Außenhandelsumsatz (also Import plus Export) um 7 %, die Ausfuhr allein um fast 10 %, während für die Einfuhr nur eine Steigerung um 5 % zugelassen wurde. Man bemühte sich offenbar, auf diese Weise die Zahlungsbilanz zu verbessern, die durch die vorhergehenden Ereignisse schwer belastet gewesen sein muß. Dies gilt ganz besonders für das Verhältnis gegenüber den sogenannten kapitalistischen Staaten, wohin die Ausfuhr um 14 % gesteigert werden konnte, während sich die Einfuhr nur um 6 % hob, so daß also in dieser Richtung eine Drosselung der Einfuhr und eine bewußte und starke Förderung der Ausfuhr offenkundig war.

Im Jahre 1970 hat sich dagegen dieses Bild vollkommen verschoben. Der Gesamtumsatz im Außenhandel stieg etwa doppelt so schnell wie im Jahre 1969, nämlich um 14,4 % — wobei wiederum der Umsatz mit den kapitalistischen Staaten rascher wuchs als jener mit den sozialistischen Staaten. Dies hängt aber nicht zuletzt auch mit den besonderen Verhältnissen im Verkehr mit den COMECON-Staaten zusammen, der im allgemeinen wenig flexibel ist, obwohl sich die Sowjetunion bemühte, teils selbst, teils im Verein mit anderen sozialistischen Staaten, durch Mehrlieferungen die Wirtschaft der Tschechoslowakei zu unterstützen.

So kam es, daß die Einfuhr der ČSSR aus den sozialistischen Staaten um 9 % gesteigert werden konnte, was diese allerdings durch eine Erhöhung ihrer Ausfuhr in diese Länder um 17 % erkaufen mußte.

In diesem Zusammenhang wird im Planbericht erklärt, daß es gelungen ist, wieder eine aktive Bilanz im Außenhandel mit den sozialistischen Staaten zu erzielen und den Handelsplan sowohl gegenüber ihnen als auch gegenüber den kapitalistischen Staaten zu erfüllen. Allerdings mußten in der ersten Jahreshälfte wegen einer noch unzureichenden Ausfuhr gegenüber den sozialistischen Staaten Kredite in Anspruch genommen werden, doch konnten bei Verbesserungen der Handelsbilanz diese kurzfristigen Verbindlichkeiten abgebaut werden. In diesem Zusammenhang muß jedoch erwähnt werden, daß gerade die Aktivierung der Handelsbilanz der ČSSR gegenüber den sozialistischen Staaten — ähnliches gilt aber auch für ihren Handel mit den Entwicklungsländern — keineswegs als reiner Erfolg zu werten ist, da man aus den früheren Jahren weiß, daß es sich dabei um eine Kreditierung seitens der ČSSR an diese Staaten handelt, die tschechoslowakisches Kapital bindet, zur Minderversorgung des Binnenmarktes führt und Auszahlungen an Löhnen erfordert, denen ein zu geringes Warenangebot gegenüber-

steht, so daß sich auch daraus Tendenzen zu einer zurückgestauten Inflation ableiten lassen. Nach den bisherigen spärlichen Angaben betrug das Außenhandelsdefizit der ČSSR dem COMECON gegenüber 1968/69 jährlich rund 1 Mrd. Kčs, 1970 erreichte ihr Aktivum rd. 0,7 Mrd. Was aber nun den Handel mit den sogenannten kapitalistischen Staaten betrifft, zu denen neben den Weststaaten aber auch noch die Entwicklungsländer gerechnet werden müssen, so blieb der Export in diese Länder mit einer Steigerung um 10 % hinter den Ergebnissen des Jahres 1969 zurück. Dafür erfolgte aber eine auffällig hohe Steigerung des Importes aus diesen Staaten. Hatte die Importzunahme im Jahre 1969 nur 6 % betragen, so waren es 1970 24 %. Obwohl es sich bei diesen Importen auch um Investitionsmittel und Materialien für die verarbeitende Industrie gehandelt haben muß, so geht doch aus den Erklärungen der zuständigen Minister auf der Brünner Konsumgütermesse 1971 hervor, daß sich der Konsumgüterimport der ČSSR aus den nichtsozialistischen Staaten im Jahre 1970 um rund ein Viertel erhöhte, was der bereits erwähnten Gesamtsteigerung des Importes aus diesen Ländern entspricht. Darunter fielen Möbelimporte aus Skandinavien und Österreich, elektrische Haushaltsartikel aus Japan, Italien, Norwegen und Westdeutschland, Küchengeräte, Sportartikel, Werkzeuge, Textilien und Nahrungsmittel. Da man im neuen Fünfjahresplan auch weiterhin um Steigerung des Lebensstandards der Bevölkerung besorgt sei, so werde es auch künftig Konsumgüter-Import aus diesen Ländern geben, um die Versorgung der Bevölkerung zu verbessern, wurde in Brünn versichert.

Bekanntlich war im Reformprogramm der ČSSR die Hereinnahme eines 500 Mill. Dollar-Kredites in konvertibler Währung aus westlichen Staaten vorgesehen, der zur Umstrukturierung der tschechoslowakischen Industrie und zur Verbesserung ihrer Exportfähigkeit dienen sollte. Diese Absicht wurde in anderen Oststaaten, insbesondere in der Sowjetunion, lebhaft kritisiert. Es ist naheliegend, daß eine solche Erhöhung der Konsumgüterimporte, die also anderen Zwecken dienen als die von den Reformern vorgesehenen Importe von Investitionsgütern, doch eine solche, wenn auch nur begrenzte Kreditgewährung voraussetzt. Nachdem die Sowjetunion bereits Polen Kredite gewährt hat, ist es durchaus möglich, daß auch von ihrer Seite Kredite an die ČSSR erfolgten, auch ist als sicher anzunehmen, daß es ihr gelungen ist, Finanzkredite für einzelne Transaktionen im Westen aufzunehmen. Im Planbericht erfahren wir darüber nichts, es wird vielmehr versichert, daß die Handelsbilanz gegenüber den kapitalistischen Staaten trotz der Steigerung der tschechoslowakischen Einfuhr aktiv gestaltet werden konnte (Das Aktivum beträgt einschließlich Entwicklungsländer um 12 Mill. Kčs.). Wie immer auch die Kreditfrage erledigt wurde (oder auch erledigt werden wird), so ist auch noch daran zu erinnern, daß die ČSSR selbst im Zuge eines großen Geschäftes mit der Sowjetunion, ähnlich wie dies auch seitens Österreichs und der Bundesrepublik geschah, an die UdSSR praktisch einen langfristigen Kredit erteilen mußte und daß, nach den sowjetischen Äußerungen zu schließen, auch in Zukunft mit erhöhten Kreditanforderungen der Sowjetunion an ihre Verbündeten gerechnet werden muß, die zur Erschließung der sowjetischen Rohstoffquellen und zur Steigerung der sowjetischen Lieferung an diese Staaten

dienen sollen. So werden die Komotauer Mannesmann-Werke im Jahre 1971 allein 210 000 t Rohre für Fernleitungen, das sind um 20 000 t mehr als 1970, an die Sowjetunion liefern. Andererseits wird die Sowjetunion ihrerseits Rohre mit 1 200 mm Durchmesser für den Bau jener Transit-Erdgasleitung beistellen, welche ab 1973 den Transport von 3,5 Mrd. m³ Sowjeterdgas in die Bundesrepublik, die DDR, Österreich und Italien ermöglichen soll. Es handelt sich dabei um das größte Investitionsprojekt der nächsten Zeit, das einen ähnlichen Aufwand erfordern wird, wie die Erbauung der ostslowakischen Hüttenwerke bei Kaschau, nämlich 10 Mrd. Kčs.

Man rechnet damit, daß bis zum Jahre 1980 die verlegten Rohrstränge verdoppelt werden, worauf dann insgesamt 1 780 km Leitungen verlegt sein werden, wozu 570 000 t Rohre erforderlich sein werden. Es ist klar, daß für dieses Projekt erhebliche Anspannungen auf dem Arbeitsmarkt erforderlich sind, so daß auch darüber geklagt wird, daß die erforderliche Zahl von Fachkräften nicht gewonnen werden kann, obwohl Veränderungen im Arbeitsgesetzbuch dazu beitragen sollen, die Fluktuation unter den Arbeitskräften einzuschränken und damit für eine schärfere Arbeitsdisziplin zu sorgen.

Überhaupt bleibt die Versorgung mit Arbeitskräften eine zentrale Frage für die weitere Entwicklung der ČSSR, die auf dem administrativen Wege nicht gelöst werden kann. Mit Ausnahme beschränkter Arbeitskraftreserven in der Slowakei können kaum mehr neue in Böhmen-Mähren erschlossen werden. Schon heute ist die Arbeitskraft der Frau größtenteils ausgeschöpft, die landwirtschaftlichen Arbeiter sind überaltert. Sollten sie abgezogen werden, würde die Leistung der Landwirtschaft noch problematischer werden als bisher. Auffällig ist in diesem Zusammenhang, daß man sich um eine stärkere Kollektivierung der in den Gebirgsgegenden der Slowakei noch immer verhältnismäßig zahlreichen privaten Landwirtschaften bemühen will, was aber kaum zur Gewinnung neuer Arbeitskräfte, sondern eher zu Störungen in der Produktion führen wird.

Nicht gelungen ist es aber auch, die Investitionen auf ein zu vertretendes Ausmaß zu reduzieren, so daß man auch im Jahre 1970 eine Erhöhung des Investitionsvolumens um 6 % feststellen mußte (1969: + 14 %), ohne daß es zu einer Beschränkung der Zahl der unvollendeten Investitionen gekommen ist. Das Ziel, den Wert der nichtabgeschlossenen Investitionen im Jahre 1970 um 9 Mrd. Kčs zu vermindern, erwies sich als unerreichbar. Da es auch nicht möglich war, die Bauleistung auf die wichtigsten Investitionen zu konzentrieren bzw. neue Kapazitäten für die Bauindustrie zu schaffen, konnten verschiedene wichtige industrielle Anlagen, insbesondere auf dem Energiesektor, nicht rechtzeitig abgeschlossen und in Betrieb genommen werden. Man sieht also daraus, daß es auch bei der Wiedereinführung der zentralen Planung nicht gelungen ist, eine Konzentration der Wirtschaftskräfte auf die volkswirtschaftlich wichtigsten Aufgaben herbeizuführen.

Es ist daher offenkundig, daß eine der wichtigsten Aufgaben für die weitere Wirtschaftspolitik der Tschechoslowakei zwar klar erkannt, aber nicht verwirklicht werden kann. Es handelt sich darum, daß die Struktur der tschechoslowakischen Wirtschaft infolge der Fehler und Mißgriffe in der Zeit der Zentralplanung

nicht den heutigen Ansprüchen und Möglichkeiten gerecht wird. Die Reformer haben hier den Hebel ansetzen wollen, um — zwar nicht sofort, aber im Verlauf einer tragbaren Frist — zu einer Strukturverbesserung zu kommen. Nach dem Scheitern ihrer Absichten mit dem Rückfall in die alten zentralistischen Planungsmethoden, Modelle und Vorstellungen ist diese Strukturverbesserung kaum mehr zu erreichen. Dabei ist es offensichtlich, daß die ČSSR nicht mehr auf jene Reserven an Rohstoffen und Arbeitskräften zurückgreifen kann, welche in der Zeit der extensiven Wirtschaft eine Ausweitung der Produktionskapazitäten ermöglichten und so zu Scheinerfolgen der Planer führten.

Ob es im Rahmen des COMECON, mit dem die tschechoslowakische Wirtschaft zusehends enger verflochten wird, möglich ist, dieses Problem zu lösen, ist mehr als zweifelhaft; jedenfalls wird es nicht so rasch vor sich gehen, wie dies bei einer autonomen Entscheidung der ČSSR zu erreichen gewesen wäre. Auch dann bleibt es fraglich, wie weit diese COMECON-Entscheidung den wirklichen Interessen der ČSSR dienen wird.

Wirtschaftliche Zuwachsraten in der ČSSR in %

	1970	1969
Volkseinkommen	5,0	6,5
Industrieproduktion	7,7	5,2
davon Gruppe A	7,5	6,1
Gruppe B	8,0	3,8
Bauindustrie — Leistung	7,5	5,8
Produktivität in der Industrie	7,9	4,4
Produktivität in der Bauindustrie	6,6	.
Landwirtschaftliche Produktion	1,3	0,9
davon pflanzliche Produktion	— 3,3	1,1
tierische Produktion	5,7	0,8
Investitionen	6,1	14,0
Lebenshaltungskosten	0,2	3,6
Nominallohn	2,6	7,3
Reallohn	1,0	3,6
Geldeinnahmen der Bevölkerung	4,0	11,4
Kleinhandelspreise mit Dienstleistungen	0,4	4,0
davon Dienstleistungen	2,1	5,5
Kleinhandelsumsatz	2,2	11,9
davon Lebensmittel laufende Preise	5,0	7,9
Industrieartikel „ „	8,0	16,2
Außenhandel	14,4	7,3
davon kapitalistische Länder	16,4	10,5
sozialistische Länder	13,0	4,9
Verkehr — t	4,0	— 3,0
Beschäftigung	1,3	2,0
davon Böhmen-Mähren	0,7	.
Slowakei	2,9	.
Beschäftigung Industrie (gesamtstaatlich)	0,2	0,6

Wichtigste Investitionen im Jahre 1970

E-Werk Potscherad Block 1 und 2	400 MW Leistung
Kohlengrube Steinau	144 000 jato Steinkohle
Sinteranlage Neue Hütte Klement Gottwald	1,8 Mill. jato
Schotterwerk Neue Hütte Klement Gottwald	400 000 jato
Eisen- und Drahtwerk Oderberg	4400 jato Patentstahldraht
Stahlgießerei Witkowitz	9000 jato Stahlguß
Cordwerk Velké nad Veličkou	6516 jato Cordgewebe
Chemlon III	1000 jato Polypropylenfasern
Westböhmisches keramische Werke Oberbrís	Fliesenwerk
3 Ziegeleien	zusammen 39,3 Mill. Einheiten
Südböhmische Papierfabrik Wetztern	21 302 jato Papier
Fertiggestellte Wohnungen	107 700

Industrieproduktion der ČSSR 1970

Warenart	Maßeinheit	Produktion 1970	Produktion 1969 = 100	davon Slowakei	Anteil an der Gesamtpro- duktion 1970
Elektrischer Strom	Mill. kWh	45 164	105,0	10 156	22,5
Steinkohle	1000 t	28 183	103,6	—	—
Braunkohle	1000 t	78 006	103,6	3 486	4,5
Steinkohlenkoks	1000 t	10 262	102,2	1 673	16,3
Stahl	1000 t	11 480	106,3	2 444	21,3
Walzmaterial	1000 t	7 934	106,1	1 556	19,6
Stahlröhren	1000 t	1 133	104,3	111	9,9
Kugellager	1000 t	50 656	107,1	29 749	58,7
Landw. Masch.	Mill. Kčs	858,9	109,7	23	2,8
Traktoren	Stück	18 465	99,2	—	—
LKW	Stück	24 462	103,5	1 551	6,3
PKW	Stück	142 856	107,9	—	—
Eiskästen	Stück	300 408	111,5	300 408	100,0
Fernsehgeräte	Stück	383 176	100,3	323 400	84,4
Schwefelsäure	1000 t	1 110	107,4	228	20,5
Stickstoffdünger	tN	323 882	108,5	132 051	40,8
Phosphordünger	t P ₂ O ₅	322 354	111,6	112 739	35,0
Kunstfasern insg.	t	100 318	106,4	45 728	45,0
davon Vigognegewebe	t	47 728	99,4	12 195	25,6
Kunststoffe	t	244 841	114,9	112 154	45,8
Autoreifen f. PKW	1000 Stck.	1 583	114,9	1 163	73,5
Zement	1000 t	7 402	119,9	2 711	36,6
Kalk	1000 t	2 148	100,8	684	31,8
Schnittholz	1000 m ³	3 617	102,5	1 119	30,9
Papier	t	606 045	102,6	132 263	21,8
Baumwollgewebe	1000 m	499 599	106,6	33 245	6,7
Seidengewebe	1000 m	119 370	104,6	—	—
Wollgewebe	1000 m	48 661	105,3	10 446	21,5
Schuhe insges.	1000 Paare	108 805	96,7	34 401	31,6

davon Lederschuhe	1000 Paare	53 345	97,2	16 318	30,6
Fleisch	t	630 815	106,9	178 712	28,3
Konsummilch	Mill. l	1 018	94,4	305	30,0
Milchbutter	t	86 948	99,9	20 674	23,8
Pflanzl. Speiseöl	t	133 861	103,0	32 139	24,0
Bier	1000 hl	21 177	101,7	4 911	23,2
Alkoholgetränke	1000 hl	875	111,2	353	40,3
Weizenmehl	1000 t	1 219	97,9	429	35,2

Quelle: Statistické přehledy 3/1971, S. 80—82 Tab. 7. — Eigenberechnungen in Presse-schau Ostwirtschaft.

Gesamtübersicht des tschechoslowakischen Außenhandels im Jahr 1969 in Mill. Kčs

	Einfuhr	%	%	Ausfuhr	%	%
Insgesamt	23 718	100,0		23 900	100,0	
RGW-Staaten	15 987*	67,4	100,0	14 922*	62,4	100,0
Albanien	80	0,4	0,5	102	0,4	0,7
Bulgarien	713	3,0	4,4	581	2,4	3,9
DDR	2 988	12,6	18,7	2 590	10,8	17,3
Polen	1 873	7,9	11,7	1 787	7,5	12,0
Rumänien	1 001	4,2	6,3	769	3,2	5,2
UdSSR	7 957	33,5	49,8	8 096	33,9	54,2
Ungarn	1 375	5,8	8,6	997	4,2	6,7
EWG	2 378	10,0	100,0	2 511	10,5	100,0
Belgien-Luxemburg	150	0,6	6,3	163	0,7	6,5
BRD	1 060	4,4	44,6	1 309	5,4	52,1
Frankreich	349	1,5	14,7	302	1,3	12,1
Italien	443	1,9	18,6	473	2,0	18,8
Holland	376	1,6	15,8	264	1,1	10,5
EFTA	2 146	9,1	100,0	1 801	7,5	100,0
Dänemark	96	0,4	4,5	120	0,5	6,7
Großbritannien	564	2,4	26,3	557	2,3	30,9
Norwegen	59	0,2	2,7	82	0,3	4,5
Österreich	635	2,7	29,6	518	2,2	28,8
Portugal	13	0,1	0,6	11	0,1	0,6
Schweden	147	0,6	6,8	176	0,7	9,8
Schweiz	632	2,7	29,5	337	1,4	18,7
Sonstiges Europa						
Jugoslawien	459	1,9		979	4,1	
Finnland	68	0,3		70	0,3	
Griechenland	81	0,3		83	0,3	
Türkei	99	0,4		81	0,3	

Asien				
China	234	1,0	186	0,8
Japan	91	0,4	63	0,3
Indien	313	1,3	276	1,2
Irak	—	—	355	1,5
Iran	58	0,2	117	0,5
Libanon	—	—	87	0,4
Afrika				
Ghana	42	0,2	23	0,1
Marokko	50	0,2	23	0,1
Nigerien	5	0,0	49	0,2
Amerika				
Kanada	36	0,2	187	0,8
USA	135	0,6	129	0,5
Argentinien	50	0,2	19	0,1
Peru	40	0,2	—	—
Brasilien	82	0,3	55	0,2
Australien	94	0,4	55	0,2
Neu-Seeland	19	0,1	14	0,1
Sonstige Länder	985	4,2	1 815	7,6

* Summe laut Quelle, vermutlich einschl. der Mongolei.
 Quelle: Außenhandel der ČSSR 5/1970, Eigenberechnung.